

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 30 | 24.07.2020

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 69/2020](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers über die **Aufhebung des § 2 Abs. 1 Z 22 des Asylgesetzes 2005 durch den Verfassungsgerichtshof**

[BGBl I 70/2020](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers über die **Aufhebung der Zeichenfolge „10,“ in § 117c Abs. 2 Z 1 des Ärztegesetzes 1998 durch den Verfassungsgerichtshof**

[BGBl II 323/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die **Verordnung betreffend elektronische Labormeldungen in das Register anzeigepflichtiger Krankheiten** geändert wird

[BGBl II 326/2020 \(Anlage\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen gemäß § 3b Abs. 3 des ABBAG-Gesetzes betreffend **Richtlinien über die Gewährung von Zuschüssen zur Erhaltung der Zahlungsfähigkeit für standortrelevante Unternehmen durch die COVID-19 Finanzierungsagentur des Bundes GmbH (COFAG)**

[BGBl II 329/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über nähere Vorgaben zur Berechnung der Höhe der Vergütung des Verdienstentgangs für selbständig erwerbstätige Personen und Unternehmungen nach Epidemiegesetz 1950 (**EpG 1950-Berechnungs-Verordnung**)

[BGBl II 330/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung über **Leistungsstipendien an Pädagogischen Hochschulen für das Studienjahr 2019/2020**

[BGBl II 332/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (**8. COVID-19-LV-Novelle**)

[BGBl II 333/2020](#)

Kundmachung der Bundesministerin für Verfassung und EU betreffend die **Änderung der Geschäftsordnung des Verfassungsgerichtshofes**

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 230 v 17.07.2020, 15](#)

Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1048 der Kommission vom 15. Juli 2020 über die **Ermächtigung Österreichs**, zum **Schutz** des kulturellen Erbes **Biozidprodukte** mit in situ hergestelltem Stickstoff zuzulassen

[ABI L 231 v 17.07.2020, 1](#)

Verordnung (EU) 2020/1040 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2020 zur **Änderung** der Verordnung (EU) **2016/1628** hinsichtlich ihrer Übergangsbestimmungen zur Bewältigung der Folgen der **COVID-19-Krise**

[ABI L 231 v 17.07.2020, 4](#)

Verordnung (EU) 2020/1041 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2020 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr 1303/2013 hinsichtlich der Mittel für die besondere **Mittelzuweisung** zugunsten der **Beschäftigungsinitiative für junge Menschen**

[ABI L 231 v 17.07.2020, 7](#)

Verordnung (EU) 2020/1042 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2020 zur **Festlegung befristeter Maßnahmen** im Zusammenhang mit den Fristen für die Stadien der Sammlung, der Überprüfung und der Prüfung gemäß der Verordnung (EU) 2019/788 angesichts des **COVID-19-Ausbruchs**

[ABI L 231 v 17.07.2020, 12](#)

Verordnung (EU) 2020/1043 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2020 über die **Durchführung klinischer Prüfungen** mit genetisch veränderte Organismen enthaltenden oder aus solchen bestehenden Humanarzneimitteln zur Behandlung oder Verhütung der **Coronavirus-Erkrankung** (COVID-19) und deren Abgabe

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

12.06.2020, [G 252/2019 ua](#)

ÄrzteG; Verfassungswidrigkeit einer Bestimmung des ÄrzteG betreffend die **Einhebung einer Bearbeitungsgebühr** durch die Ärztekammer mangels Zustimmung der beteiligten Länder; Feststellung der Gesetzwidrigkeit der VO der Österreichischen Ärztekammer über die Einhebung einer Bearbeitungsgebühr sowie ihres Anhangs mangels gesetzlicher Grundlage

12.06.2020, [W IV 77/2020 ua](#)

NÖ GemeinderatswahlO; Aufhebung der **Einstellung der Berichtigungsverfahren** betreffend die **Wählerverzeichnisse** für die Wahl des Gemeinderats der Stadtgemeinde Litschau durch das LVwG; Einräumung der Parteistellung auch für nicht in ih-

ren subjektiven Rechten betroffene Personen zur Wahrung der objektiven Rechtmäßigkeit wahlbehördlichen Handelns; keine Auswirkungen des rechtskräftigen Abschlusses des Wahlverfahrens auf das Beschwerdeverfahren vor dem LVwG

13.06.2020, [W I 2/2020](#)

NÖ GemeinderatswahlO; keine Stattgabe der Wahlanfechtung zur Wahl der Mitglieder des Gemeinderats der Marktgemeinde Langenrohr vom 26.01.2020; **förmliche Zustimmung des Wahlwerbers zur Aufnahme in den Wahlvorschlag** nach der Nö GRWO 1994 durch Unterschrift an falscher Stelle des Wahlvorschlags nicht gegeben; Rechtmäßigkeit der Zurückweisung des Wahlvorschlags ohne Verbesserungsauftrag

13.06.2020, [W I 3/2020](#)

NÖ GemeinderatswahlO; keine Stattgabe der Wahlanfechtung zur Wahl der Mitglieder des Gemeinderats der Marktgemeinde Langenrohr vom 26.01.2020; **förmliche Zustimmung des Wahlwerbers zur Aufnahme in den Wahlvorschlag** nach der NÖ GemeinderatswahlO durch Unterschrift an falscher Stelle des Wahlvorschlags nicht gegeben; Rechtmäßigkeit der Zurückweisung des Wahlvorschlags ohne Verbesserungsauftrag

23.06.2020, [G130/2020 ua](#)

ApothekenG; Aufhebung einer VO einer NÖ Bezirkshauptmannschaft betreffend die **Betriebszeiten und den Bereitschaftsdienst öffentlicher Apotheken** in näher bezeichneten Gemeinden mangels gehöriger Kundmachung auf Grund individueller Versendung des Verordnungstextes an ausgewählte Empfänger

23.06.2020, [G 297/2019 ua](#)

Wr TagesbetreuungsG; Wr TagesbetreuungsVO; Abweisung eines Antrags des VwG Wien auf Aufhebung von Bestimmungen des Wr TagesbetreuungsG und der Wr TagesbetreuungsVO; hinreichende inhaltliche **Bestimmtheit der gesetzlichen Grundlage** betreffend die bestmögliche Betreuung und Bildung der Kinder und Qualität der Pädagogik; keine Zweifel an der Zuständigkeit des Magistrats zur Genehmigung der Ausbildungslehrpläne

26.06.2020, [G 302/2019](#)

BundesabgabenO; keine Verfassungswidrigkeit einer Bestimmung der BundesabgabenO betreffend die **Einschränkung der Gewährung von Verfahrenshilfe** auf Fälle, deren zu entscheidende Rechtsfragen besondere Schwierigkeiten rechtlicher Art aufweisen; verfassungskonforme Interpretation der Bestimmung möglich und geboten

26.06.2020, [E 2851/2018](#)

BundesabgabenO; Verletzung im Gleichheitsrecht durch Abweisung eines **Antrags auf Verfahrenshilfe** in einem Verfahren nach der BundesabgabenO mangels Berücksichtigung der individuellen Fähigkeiten des Antragstellers als besondere Schwierigkeiten rechtlicher Art

14.07.2020, [V 363/2020](#)

COVID-19-MaßnahmenG; keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen **§ 2 COVID-19-MaßnahmenG**; hinreichend bestimmte gesetzliche Grundlage für allfällige – durch VO zu erlassende – **Betretungsverbote**; Gesetzwidrigkeit von §§ 1, 2, 4 und 6 der VO BGBl II 98/2020, welche am 30. April 2020 außer Kraft trat; Überschreitung der dem zuständigen Bundesminister durch § 2 COVID-19-MaßnahmenG gesetzten Grenzen; es wurde nicht bloß das Betreten bestimmter, eingeschränkter Orte untersagt; § 1 der VO ging „der Sache nach als Grundsatz von einem allgemeinen **Ausgangsverbot** aus[.]“; derart umfassendes Verbot ist vom COVID-19-MaßnahmenG nicht gedeckt; Gesetz bietet keine Grundlage dafür, eine Verpflichtung zu schaffen, an einem bestimmten Ort, insb in der eigenen Wohnung, zu bleiben

14.07.2020, [V 411/2020](#)

COVID-19-MaßnahmenG; keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die gesetzliche **Verordnungsermächtigung des § 1 COVID-19-MaßnahmenG** aus dem Blickwinkel des verfassungsrechtlichen Bestimmtheitsgebots; **Zulässigkeit des Individualantrags**; rechtliches Interesse, eine verbindliche Entscheidung über die Gesetzmäßigkeit der Bestimmungen zu erwirken, reicht über den relativ kurzen Zeitraum hinaus, in dem Bestimmungen in Kraft standen; Gesetzwidrigkeit von Teilen des § 2 Abs 4 der VO BGBl II 151/2020, wie sie von 14. bis 30. April 2020 gegolten hat; Gesundheitsminister muss nachvollziehbar

machen, auf Basis welcher Informationen er die VOentscheidung und die **gesetzlich vorgegebene Abwägung zwischen dem öffentlichen Interesse und den grundrechtlich geschützten Interessen** der Betroffenen getroffen hat; entsprechende Dokumentation für Beurteilung, ob VO gesetzlichen Vorgaben entspricht, ausschlaggebend; Ungleichbehandlung von Geschäften mit mehr als 400 m² gegenüber vergleichbaren Betriebsstätten, insb von Bau- und Gartenmärkten; keine sachliche Rechtfertigung für diese Ungleichbehandlung erkennbar

14.07.2020, [G 202/2020 ua](#)

COVID-19-MaßnahmenG; Verfassungskonformität dessen, dass COVID-19-MaßnahmenG **keine Entschädigungen für Betriebe** vorsieht, die als Folge eines **Betretungsverbots** geschlossen wurden; kein Verstoß gegen das Grundrecht auf **Unversehrtheit des Eigentums** und den **Gleichheitsgrundsatz**; Anspruch auf Entschädigung für alle vom Betretungsverbot erfassten Unternehmen kann aus Grundrecht auf Unversehrtheit des Eigentums nicht abgeleitet werden; die Regelungen des COVID-19-MaßnahmenG und EpidemieG sind schon deshalb nicht miteinander vergleichbar, weil der Gesetzgeber mit zweitem lediglich die Schließung einzelner Betriebe vor Augen hatte, nicht aber großräumige Betriebsschließungen; Gesetzgeber steht im Übrigen bei der Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie ein weiter rechtspolitischer Gestaltungsspielraum zukommt

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

04.06.2020, [Ro 2019/08/0002](#)

ArbeitslosenversicherungsG; für die **Einhaltung der Kontrollmeldung iSd § 49 Abs 1 ArbeitslosenversicherungsG** ist eine bloße Anwesenheit des Arbeitslosen beim AMS zum vorgeschriebenen Zeitpunkt des Kontrolltermins nicht ausreichend; der Zweck der Kontrollmeldung kann nur durch den Kontakt des Arbeitslosen mit dem ihm zugewiesenen Berater, der über die erforderlichen Informationen im Einzelfall verfügt, erfüllt werden; unterlässt es der Arbeitslose bei seinem Berater vorzusprechen, liegt daher keine wirksame Kontrollmeldung vor; dem gleichzuhalten ist es, wenn ein Arbeitsloser zwar Kontakt zu seinem Berater herstellt, in Folge jedoch die **Führung eines Gesprächs verweigert** bzw trotz Ermahnung ein Verhalten setzt, das die Führung eines dem Zweck des Kontrolltermins entsprechenden Gesprächs unmöglich macht; auch in einem solchen Fall ist daher eine Kontrollmeldung iSd § 49 Abs 1 leg cit als nicht erfolgt anzusehen

15.06.2020, [Ro 2019/10/0037](#)

StudienförderungsG; eine **Verlängerung der Anspruchsdauer für die Gewährung von Studienbeihilfe** ist nicht mit dem Ausmaß der doppelten vorgesehenen Studiendauer begrenzt oder „gedeckelt“; eine derartige zeitliche Begrenzung ist aus den §§ 18 und 19 StudienförderungsG nicht abzuleiten

16.06.2020, [Ro 2020/03/0001](#)

WaffenG; die Behörde hat im Rahmen der Entscheidung über einen Antrag auf **Erweiterung des Berechtigungsumfangs der Waffenbesitzkarte** zunächst zu prüfen, ob die Sportschützeigenschaft nach § 11b WaffenG vorliegt; in Folge ist festzustellen, ob die über die jeweilige Anzahl der genehmigungspflichtigen Schusswaffen hinausgehenden Waffen jeweils auch für die effiziente Ausübung dieses Sports benötigt werden; an dieser Einzelfallprüfung hat die Novelle BGBl I 97/2018 nichts geändert

16.06.2020, [Ro 2020/03/0002](#)

WaffenG; der nunmehr in § 23 Abs 2c WaffenG geregelte **Rechtfertigungsgrund des Waffensammelns** erfuh durch die Novelle BGBl I 97/2018 keine inhaltliche Änderung, weshalb die dazu ergangene Rsp des VwGH weiterhin anzuwenden ist; demnach verlangt die Glaubhaftmachung des Rechtfertigungsgrunds des Waffensammelns, dass ein ernsthaftes und nachhaltiges Sammlerinteresse ausreichend geltend gemacht wird; das wird zB dann vorliegen, wenn der Sammler waffentechnische oder wissenschaftliche Studien betreibt oder bereits eine größere kulturhistorisch wertvolle Waffensammlung besitzt, die einer vernünftigen und sinnvollen Ergänzung durch konkret anzugebende Einzelstücke bedarf und die aufgrund des vorhandenen Berechtigungsumfangs nicht erworben werden könnten

16.06.2020, [Ro 2019/12/0009](#)

Bundes-GleichbehandlungsG; der in § 18a Abs 2 Z 1 Bundes-GleichbehandlungsG festgelegte **Mindestbetrag** bestimmt sich durch die Bezugsdifferenz für mindestens drei Monate zwischen dem Monatsbezug, den der Beamte bei erfolgter Betrauung mit der Verwendung (Funktion) erhalten hätte und dem tatsächlichen Monatsbezug; dabei ist zu berücksichtigen, dass - ohne dadurch eine "Doppelliquidierung" herbeizuführen - der ideelle Schaden (und daher die **Entschädigung für die erlittene persönliche Be-**

einträchtigung) in vielen Fällen nicht gänzlich losgelöst von dem eingetretenen Vermögensschaden zu beurteilen ist; dass - abhängig von den Umständen des Einzelfalls - zwischen dem zu ersetzenden Vermögensschaden und der Entschädigung für die persönlich erlittene Beeinträchtigung nach den gesetzlichen Vorgaben eine gewisse Balance zu erzielen ist, spiegelt sich in der Regelung des § 18a Abs 2 Z 1 leg cit wieder, die für den zu ersetzenden Schaden eine gemeinsame Mindestgrenze festlegt

19.06.2020, [Ra 2020/03/0014](#)

Tir JagdG; für die Beurteilung der Frage, ob eine **Grundfläche iSd § 5 Tir JagdG land- oder forstwirtschaftlich nutzbar** ist, kommt es nicht darauf an, dass die gesamte Fläche (in ihrer gesetzlich geforderten Mindestgröße) zu 100 Prozent land- oder forstwirtschaftlich genutzt werden kann; entscheidend ist vielmehr, ob die Gesamtliegenschaft nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten land- oder forstwirtschaftlich nutzbar ist, was durch Sachverständigenbeweis geklärt werden muss

19.06.2020, [Ro 2019/11/0017](#)

FührerscheinG; Führerschein-GesundheitsVO; in besonders gravierenden Fällen können auch einzelne, schwerwiegende Verstöße gegen Verkehrsvorschriften den Verdacht **mangelnder Bereitschaft zur Verkehrsanpassung iSd § 17 Abs 1 Führerschein-GesundheitsVO** begründen, sodass gem § 24 Abs 4 iVm § 8 Abs 2 FührerscheinG zwecks Überprüfung der gesundheitlichen Eignung eine zur Einholung eines amtsärztlichen Gutachtens erforderliche verkehrspsychologische Stellungnahme verlangt werden darf

23.06.2020, [Ra 2020/03/0044](#)

Oö JagdG; das Unterbleiben einer Regelung betreffend die **Fortgeltung früherer Arrondierungsverfahren** steht im Einklang mit dem expliziten Ziel der „Deregulierung“; der Umstand, dass der Gesetzgeber mit der Novelle LGBl 18/2020 seine frühere Einschätzung, die privatautonome Gestaltung durch die Jagdausübungsberechtigten reiche aus, um untragbare Erschwernisse bei der Jagdausübung zu verhindern, revidiert und die Möglichkeit der behördlichen Arrondierung (in § 13 Oö JagdG neu) zwecks Erreichung des auch im öffentlichen Interesse liegenden Ziels einer ordnungsgemäßen Jagdausübung wieder eingeführt hat, begründet **keine „Lücke“ der früheren Regelung**

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Wien 09.06.2020, [VGW-112/077/10380/2019/A](#)

Wr BauO; „Gewerblichkeit“ iSd Baurechts liegt auch dann vor, wenn die Bestandsobjekte regelmäßig für kurzfristige Beherbergungszwecke vermietet werden, auch wenn während der Vermietungsdauer keine Dienstleistungen an den Gast erbracht werden; die Frage der Gewinnerzielungsabsicht ist für das Vorliegen von „**Gewerblichkeit**“ iSd Baurechts ohne rechtliche Relevanz; unter „**Kurzfristigkeit**“ ist eine Vermietungsdauer von typischerweise bis zu etwa 30 Tagen zu verstehen, auch wenn einzelne Vermietungen über diese Zeitspanne hinaus reichen sollten; eine Vermietung mit der Zielgruppe „Touristen“ stellt eine solche kurzzeitige Vermietung dar, weil Touristen Ferienwohnungen typischerweise für den Zeitraum von unter 30 Tagen anmieten und längere Mietdauern die Ausnahme sind

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

B. SCHLUSSANTRÄGE

Keine Schlussanträge im Berichtszeitraum.

C. GERICHT

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

21.07.2020, Beschwerde Nr [59534/14](#), *Veljkovic-Jukic / Schweiz*

Keine Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); Entzug der permanenten Aufenthaltsbewilligung einer Kroatian, die seit ihrem 14. Lebensjahr in der Schweiz lebt, wegen strafrechtlicher Verurteilung aufgrund **Drogenhandels** und möglicher Ausweisung; **Ermessenspielraum nicht überschritten**, insbesondere angesichts der **Schwere der Verurteilung** und der Tatsache, dass sich die Bf und ihre Familienangehörigen ohne größere Schwierigkeiten in einem der vom Bundesgericht vorgeschlagenen Zielländer integrieren konnten; vorübergehende Aussetzung der Anordnung für Familienbesuche möglich

21.07.2020, Beschwerde Nr [34503/10](#), *Velkov / Bulgarien*

Verletzung von **Art 4 7. ZPEMRK** (Recht, nicht zweimal vor Gericht gestellt oder bestraft zu werden); Bf behauptet, zweimal wegen **desselben Vergehens wegen Ruhestörung** während eines Fußballspiels verurteilt worden zu sein; enger zeitlicher Zusammenhang zwischen dem Verwaltungs- und dem Strafverfahren gegen den Bf, in der Sache aber kein ausreichend enger Zusammenhang zwischen den beiden Verfahren; mangels eines hinreichend engen sachlichen Zusammenhangs zwischen dem Verwaltungs- und dem Strafverfahren wurde der Bf unter Verletzung des Grundsatzes **ne bis in idem** zweimal wegen desselben Vergehens verfolgt und bestraft

23.07.2020, Beschwerde Nr [37368/15](#), *Chong Coronado / Andorra*

keine Verletzung von **Art 6 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); Verurteilung des Bf in einem Strafverfahren in erster Instanz **ohne Anwesenheit**; Bf behauptete, keine Berufung einlegen zu können, da er dazu persönlich nach Andorra hätte reisen müssen und er sodann sofort inhaftiert worden wäre; die Verpflichtung, im Zusammenhang mit dem Wiederaufnahmeantrag persönlich zu erscheinen, stellt **keine unverhältnismäßige Belastung** dar; fairer Ausgleich zwischen den auf dem Spiel stehenden Interessen hergestellt

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Clara Buder, Univ.-Ass. Mag. Nicole Dannerbauer, Univ.-Ass. Mag. Nina Felbinger-Forster, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Wiss.-Mit. Mario Etzelstorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.